

A n t r a g
des
SOZIAL-AUSSCHUSSES

der den Antrag der Abgeordneten Schabl, Nowohradsky, Cerwenka, Lembacher, Kadenbach, Schittenhelm, Mag.Motz, Egerer, Vladyka, Hinterholzer und Weninger betreffend Verwendung von Mitteln des Arbeitsmarktservice.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert

- 1.) an den zuständigen Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit heranzutreten, im Sinne der Antragsbegründung das Arbeitsmarktservice zu beauftragen, die Arbeitsmarktrücklage (§ 50 AMSG) gemäß § 51 AMSG so weit aufzulösen, damit zusätzliche Mittel zur Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Verfügung stehen;
- 2.) danach zu trachten, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in enger Kooperation mit allen Partnern im Rahmen des NÖ Beschäftigungspaktes weiter fortgesetzt werden.“

VLADYKA
Berichterstatter

VLADYKA
Obmann